

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
HAUPT- UND  
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
25. HuFA 2009-2014  
Sitzungsdatum:  
10.07.2013**

**Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 10.07.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Haupt- und Finanzausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.05.2013
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.11.2012 aus öffentlicher Sitzung
3. Bestellung eines Vertreters der evangelischen Kirche für den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur
4. Änderung der Richtlinie zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg
5. 45. Änderung des Flächennutzungsplanes  
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung
6. Namensvergabe für die ehemalige Kiesgrube Marienberg
7. Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: aktueller Umsetzungsstand
8. Anregung gem. § 24 GO NRW 17.06.2013 betr. Korbacher Resolution/ online-Petition; Energiewende ohne Fracking
9. Erweiterungen zur Tagesordnung
10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

11. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.11.2012 aus nichtöffentlicher Sitzung

12. Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2014-2018
13. Vertragsangelegenheit
- 13.1 Zusatzvertrag zum Endausbau eines Teilstücks der Calvinstraße
14. Grundstücksangelegenheiten
- 14.1 Verkauf der Grundstücke Flur 16 Nrn. 997, 1180 und 1612, Burgstraße
- 14.2 Verkauf des Grundstücks Flur 48 Nr.198, groß 1.099 qm (Im Rott)
- 14.3 Veräußerung des Grundstückes Flur 32 Nr. 436 (Wurmbenden)
- 14.4 Veräußerung von Teilflächen der Grundstücke Flur 14, Nrn. 633 u. 416
15. Vergabeangelegenheiten
- 15.1 Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen in der Stadt Übach-Palenberg
- 15.2 Vergabe der Stromkonzession für das Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
16. Erweiterungen zur Tagesordnung
17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 17.1 Anregung gem. § 24 GO NRW 17.06.2013 betr. Korbacher Resolution/ online-Petition; Energiewende ohne Fracking  
hier: Namen der Antragsteller

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Bärbel Bartel	SPD		
Herr Franz Bergstein	UWG		
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU	als Vertreterin für Stadtverordneten Walther
Herr Fred Fröschen	CDU		als Vertreter für Stadtverordneten Junker
Herr Peter Fröschen	CDU		
Herr Gerhard Gudduschat	CDU		
Frau Norma Kuhlmeier	SPD		
Herr René Langa	CDU		
Herr Hans-Georg Overländer	SPD		
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen		
Herr Wolfgang Schneider	SPD		
Frau Corinna Weinhold	UWG		
Herr Heiner Weißborn	SPD		
Herr Hubert Wynands	CDU		als persönlicher Vertreter für Stadt- verordneten W. Gudduschat

### Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

### Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz  
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen  
Herr Kämmerer Björn Beeck  
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder  
Herr Technischer Angestellter Achim Engels  
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong  
Herr Stadtamtman Herbert Jansen

### Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Stadtverordneter **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Zur Tagesordnung beantragte Stadtverordnete **Weinhold**, den Tagesordnungspunkt 14.1 „Verkauf der Grundstücke Flur 16 Nrn. 997, 1180 und 1612, Burgstraße“ heute nur zu beraten und zur Entscheidung an den Rat zu verweisen. Die UWG-Fraktion habe von der Verwaltung auf Nachfrage Informationen erhalten, die erst in der Fraktion besprochen werden müssten.

Stadtverordneter **Weißborn** bat, diese Information allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Zur Tagesordnung bat Stadtverordnete **Weinhold** weiterhin darum, den Tagesordnungspunkt 15.2 „Vergabe der Stromkonzession für das Gebiet der Stadt Übach-Palenberg“ ohne heutige Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen.

### Beschluss:

1. Der Tagesordnungspunkt 14.1 „Verkauf der Grundstücke Flur 16 Nrn. 997, 1180 und 1612, Burgstraße“ wird zur Entscheidung an den Rat verwiesen.
2. Der Tagesordnungspunkt 15.2 „Vergabe der Stromkonzession für das Gebiet der Stadt Übach-Palenberg“ wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

### Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig**

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.05.2013**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.05.2013 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.11.2012 aus öffentlicher Sitzung**

---

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 22.11.2012 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Bestellung eines Vertreters der evangelischen Kirche für den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, es sei seitens der Verwaltung geprüft worden, dass die Bestellung von Herrn Gerd Schindler rechtlich zulässig sei.

Stadtverordneter **Overländer** wies darauf hin, dass im Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur auch die Stelle für den Vertreter der katholischen Kirche vakant sei. Warum erfolge diese Bestellung heute nicht?

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, er habe diesbezüglich einen Brief an den Pfarrgemeinderat gerichtet und dieser habe erklärt, dass man zunächst die Pfarrgemeinderatswahl abwarten wolle, bevor seitens der katholischen Kirche ein Vertreter für den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur benannt werde.

**Beschlussempfehlung:**

Als Vertreter der evangelischen Kirche wird Herr Gerd Schindler in den Ausschuss für Soziales Bildung und Kultur bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

4. **Änderung der Richtlinie zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass der Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur der vorliegenden Beschlussempfehlung einstimmig gefolgt sei.

**Beschlussempfehlung:**

**Die geänderte Richtlinie zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die geänderte Richtlinie ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

5. **45. Änderung des Flächennutzungsplanes  
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im  
Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung**

---

**Die Ausführungen in der Sitzungsvorlage wurden ohne Anmerkungen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.**

6. **Namensvergabe für die ehemalige Kiesgrube Marienberg**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, die Verwaltung habe entsprechend des Beschlusses des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur vom 16.05.2013 die Schüler der 5. und 6. Klassen der weiterführenden Schulen in Form einer Befragung in die Namensvergabe mit einbezogen. Favorisiert worden sei hier der Name „Naturgebiet Mariental“. Der Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur habe sich in seiner Sitzung am 27.06.2013 einstimmig für diesen Favoriten ausgesprochen.

Im Anschluss an die Abstimmung sei unter allen Schülern, die sich an der Befragung beteiligt hatten, drei 10-er Karten für das Ü-Bad verlost worden. Die Gewinner seien zwischenzeitlich benachrichtigt worden und haben ihre Preise erhalten.

**Beschluss:**

**Die ehemalige Kiesgrube in Marienberg erhält den Namen Naturgebiet Mariental.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## 7. Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: aktueller Umsetzungsstand

---

Kämmerer **Beeck** verwies auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage und hob hervor, dass es 2 Maßnahmen gebe, mit denen sich der Rat noch einmal befassen müsste, nämlich die Maßnahme Nr. 8 Parkraumbewirtschaftung und die Maßnahme Nr. 12 papierlose Gremienarbeit. Hier müsse ggf. ein neuer Beschluss gefasst werden.

Der Bericht, so wie er hier in der Sitzungsvorlage vorliege, werde so auch der Bezirksregierung vorgelegt.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** fragte, welche Entscheidung denn zu Maßnahme Nr. 8 getroffen werden solle. Es müsse doch zunächst eine Alternative vorgeschlagen werden.

Kämmerer **Beeck** antwortete, man habe in der Sitzungsvorlage alles ausführlich dargestellt. Es stelle sich nun die Frage, ob man die Maßnahme so durchführen wolle, wie ursprünglich beschlossen oder ob man aufgrund der Ausarbeitung etwas anderes beschließen wolle. Sollte man vom ursprünglichen Beschluss abweichen wollen, müsse man folgende Weisung der Bezirksregierung beachten: „Die im Haushaltssanierungsplan beschlossenen Maßnahmen sind verbindlich umzusetzen. Die Streichung einer Maßnahme darf nur bei gleichzeitiger Kompensation durch eine andere Maßnahme und nur in Abstimmung mit mir erfolgen.“

Stadtverordneter **G. Gudduschat** habe insoweit Recht, als dass man bei einer Abweichung immer eine Alternative benötige, die den finanziellen Rahmen ausgleiche.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, hierzu müsse die Verwaltung einen konkreten Beschlussvorschlag vorlegen. Er fragte in Bezug auf den Bericht vom 15.04.2013, ob das, was vorliege, alles sei, was an die Bezirksregierung gegangen sei.

Kämmerer **Beeck** antwortete, dass über diesen Bericht hinaus noch zwei Anlagen an die Bezirksregierung übersandt worden seien. Diese könne er ebenfalls gerne zur Verfügung stellen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er diese Anlagen für notwendig halte und bat, diese entsprechend zur Verfügung zu stellen (die Anlagen zum Bericht zur Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes mit Datum vom 15.04.2013 sind als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Stadtverordnete **Weinhold** schlug vor, die Maßnahme Nr. 8 herauszunehmen und eine alternative Lösung zu finden.

**Bürgermeister Jungnitsch** fragte nach, ob also Ziel sei, diese Maßnahme nicht umzusetzen und die Verwaltung einen Alternativvorschlag vorlegen solle.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dass könne man doch so gar nicht sagen. Und in Bezug auf die papierlose Gremienarbeit sei doch längst alles beschlossen worden. Diese Maßnahme hätte schon längst umgesetzt werden können.

Hier müsse endlich was passieren. In diesem Fall sei er mehr als unzufrieden.

**Bürgermeister Jungnitsch** fragte nach, ob es allgemeiner Konsens sei, dass die Verwaltung alternative Lösungen für die Maßnahme Parkraumbewirtschaftung erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorlegen solle.

Die Mitglieder der CDU- und UWG-Fraktion bestätigten dies.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dies könne man so nicht sagen. Er erwarte einen klaren Vorschlag.

Zur papierlosen Gremienarbeit erläuterte Stadtamtsrat **Schröder**, dass es nicht damit getan sei, mobile Computer anzuschaffen. Man wolle ein einheitliches System schaffen und das bereits bestehende hierin einbinden. Hierfür sei erforderlich zu klären, welche Geräte hierfür am sinnvollsten seien, welche Funktionen gegeben sein sollten (Notizfunktionen, etc.) und welche Sicherheitsfragen beachtet werden müssen. Er sei erst seit Anfang des Jahres Fachbereichsleiter und Mitglied der entsprechenden Arbeitsgruppe. Diese habe sich mit den Umsetzungsmöglichkeiten eingehend beschäftigt und sämtliche technischen und rechtlichen Gegebenheiten geprüft.

Die Einführung der papierlosen Gremienarbeit ließe sich grundsätzlich noch in 2013 realisieren. Die Einführung erst in 2014 vorzunehmen, erscheine jedoch aus mehreren Gründen sinnvoll. Im September werde eine aktuelle Version der Software, die man beabsichtige anzuschaffen, herausgebracht. Die neuste iPad-Generation werde ebenfalls im September/ Oktober 2013 vorgestellt. Auch müsse man die bevorstehende Kommunalwahl im Mai 2014 mit berücksichtigen, die eine personelle Änderung im Rat und in den Ausschüssen mit sich bringen werde. Zudem werde eine tatsächliche Einsparung durch die Maßnahme erst im Jahr 2015 mit Auslauf des Vertrages für die derzeitige Druckmaschine erzielt. Bis dahin übersteigen die Abschreibungssummen für die mobilen Computer die möglichen Einsparsummen, was auch durch ein entsprechendes Defizit im Haushaltssanierungsplan dargestellt werde. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit schlage die Verwaltung daher vor, die Einführung der papierlosen Gremienarbeit erst in 2014 vorzunehmen. Entscheide sich der Rat für diese Vorgehensweise, würde im Vorfeld eine Testphase im Echtbetrieb durchgeführt.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, er habe Verständnis für die Ungeduld des Stadtverordneten Weißborn. Aber aufgrund der Erläuterung von Stadtamtsrat Schröder erscheine es sinnvoll, die papierlose Gremienarbeit erst nach der Kommunalwahl einzuführen. Und da man hierdurch offensichtlich nicht in Konflikt mit dem Haushaltssanierungsplan geraten würde, habe er keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, den Beschluss zur Einführung der papierlosen Gremienarbeit habe man bereits vor dem Haushaltssanierungsplan aufgrund eines gemeinsamen Antrages von SPD und B90/ Die Grünen gefasst. Was man heute gehört habe, habe man bereits auch letztes Jahr schon einmal gehört. Wenn die Verwaltung noch Zeit brauche, sei dies grundsätzlich ja in Ordnung. Es sei aber nicht so, als hätte die Verwaltung unter Zeitdruck gestanden.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion wolle nach wie vor eine

papierlose Gremienarbeit, habe aber kein Problem damit, die Einführung erst nach der Kommunalwahl 2014 vorzunehmen. Die gehörte Begründung hierfür sei sinnvoll.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, ihm platze bald der Geduldsfaden. Es sei doch bereits alles geprüft und besprochen worden. Er brauche auch keinen Computer zur Verfügung gestellt bekommen. Ihm würden vernünftige PDF-Dateien reichen, in denen die gesamten Einladungsunterlagen zusammengefasst seien. Er habe keine Lust mehr auf die Papierberge und von Sicherheit könne hier doch wohl keine Rede sein.

**Bürgermeister Jungnitsch** erwiderte, dass über das Ratsinformationssystem bereits seit geraumer Zeit derartige Möglichkeiten elektronischer Art bestehen.

Stadtamtsrat **Schröder** ergänzte, natürlich sei Sicherheit hier ein großes Thema. Man könne beispielsweise nicht einfach mit diesen sensiblen Daten in irgendeine Cloud gehen. Die Arbeitsgruppe habe die Stadt Düren besucht und sich dort über die Erfahrungen mit der Einführung der papierlosen Gremienarbeit informiert. Im Ergebnis ließe sich festhalten, dass eine Lösung mit iPads und der Software Mandatos sowohl im Bereich der Sicherheit als auch in der Handhabung am geeignetsten sei, um ein einheitliches System zu schaffen.

In Bezug auf die von Stadtverordneten Weißborn geforderten Komplett-PDF-Dateien könne er sagen, dass diese schon seit einiger Zeit im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** fragte, ob seitens der Bezirksregierung immer noch keine Reaktion auf den ersten vorgelegten Bericht erfolgt sei.

Kämmerer **Beeck** antwortete, er habe direkt nach der letzten Ratssitzung, wie versprochen, bei der Bezirksregierung angerufen. Etwas Schriftliches werde man voraussichtlich nicht erhalten, allerdings werde es noch einmal einen Termin geben, um Abstimmungen zu treffen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, für 2013 lasse sich nach einem halben Jahr sagen, dass man sich in Bezug auf den Haushaltssanierungsplan im grünen Bereich bewege. Sei zu erwarten, dass sich bis zum Ende des Jahres hieran etwas ändern werde?

Kämmerer **Beeck** antwortete, er gehe derzeit davon aus, dass das vorgesehene Ziel erreicht werde.

Entgegen der Annahme von Stadtverordnetem Weißborn habe die Verwaltung bewusst auf eine Beschlussempfehlung verzichtet. Die Verwaltung habe den aktuellen Sachstand dargestellt. Nun könne diskutiert werden, ob man etwas ändern wolle. Grundsätzlich benötige die Verwaltung keinen neuen Beschluss. Dann werde man die Maßnahmen so umsetzen, wie ursprünglich beschlossen.

Stadtverordneter **Rißmayer** fragte nach der grundsätzlichen Vorgehensweise und bezog sich beispielhaft auf die Maßnahme Nr. 20 Erhebung von Entgelten für das Aufstellen von jagdlichen Einrichtungen auf städtischen Grundstücken. Hier heiße es im ersten Bericht, die Maßnahme sei auf das Jahr 2014 verschoben worden und im zweiten Bericht heiße es, es sei zu klären, ob aufgrund der relativ umfang-

reichen Erfassungsarbeiten der Aufwand nicht den Nutzen übersteige. Wie müsse man hiermit jetzt umgehen? Müsse man hier jetzt auch einen neuen Beschluss fassen?

Kämmerer **Beeck** erläuterte, die Maßnahme sei mit dem letzten Haushaltssanierungsplan in das Jahr 2014 verschoben worden. Jetzt stelle sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme. Da die Maßnahme aber erst für 2014 vorgesehen sei, müsse man zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung treffen. Die Verwaltung werde die Angelegenheit entsprechend prüfen und mit der Aufstellung des Haushaltssanierungsplanes 2014 einen konkreten Vorschlag unterbreiten, ob man die Maßnahme so im Haushaltssanierungsplan belassen sollte oder einen entsprechenden Alternativvorschlag vorbereiten.

**8. Anregung gem. § 24 GO NRW 17.06.2013 betr. Korbacher Resolution/ online-Petition; Energiewende ohne Fracking**

---

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde nicht für die vorliegende Resolution stimmen, da sie eine solche Positionierung zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht halte.

Stadtverordnete **Weinhold** schloss sich der Meinung an. In der vorliegenden Anregung selbst heiße es, für eine sachgerechte Risikoanalyse bestehen noch erhebliche Wissenslücken. Vor einer Positionierung sollte abgewartet werden, dass diese Wissenslücken geschlossen werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, gerade weil das Fracking Risiken in sich birgt, die noch nicht erforscht seien, dürfe ein solches Verfahren nicht eingesetzt werden. Die Risiken für Mensch und Umwelt halte er einfach für zu groß. Und bevor diese Risiken nicht ausgeschlossen werden können, sollte auf jeden Fall auf Fracking verzichtet werden. Er wolle nicht, dass in Übach-Palenberg das Erdreich durch eine solche Methode verseucht werde. Er könne sich nur für alle wünschen, dass Fracking hier nie angemeldet werde und er habe die ausdrückliche Bitte, dass die CDU- und die UWG-Fraktion ihre Meinung noch einmal überdenken.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, Stadtverordneter Rißmayer habe alles Wesentliche gesagt und dem könne er sich nur anschließen. Die SPD-Fraktion stimme der Resolution zu.

**Beschluss:**

**Die Stadt Übach-Palenberg schließt sich der Korbacher Resolution vom 04./05. Mai 2013 zur Energiewende ohne Fracking an.**

**Abstimmungsergebnis:**

**8 Nein-Stimmen**

**6 Ja-Stimmen**

## 9. Erweiterungen zur Tagesordnung

---

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

## 10. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

---

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

### Anfragen

---

#### Anfrage der UWG-Fraktion:

Stadtverordneter **Bergstein** wies darauf hin, dass im September dieses Jahres das Jobcenter nach Geilenkirchen ziehe und fragte, ob alle Mitarbeiter des Jobcenters aus Übach-Palenberg mitziehen oder ob jemand hier vor Ort verbleibe.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, das Jobcenter im Kreis Heinsberg werde insoweit umstrukturiert, als dass es künftig nur noch 4 Standorte im Kreis Heinsberg geben werde. Einer der Standorte sei Geilenkirchen, der dann auch für Übach-Palenberg zuständig sei. Deshalb werde die Belegschaft der Nebenstelle Übach-Palenberg nach Geilenkirchen umziehen. In Übach-Palenberg verbleibe niemand mehr.

Städtische Mitarbeiter seien hiervon jedoch nicht betroffen, da keine städtischen Mitarbeiter mehr im Jobcenter Kreis Heinsberg – Nebenstelle Übach-Palenberg beschäftigt seien.

**Bürgermeister Jungnitsch** schloss um 17.46 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.34 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch  
Bürgermeister

Schade  
Schriftführerin